Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Bundesamt für Umwelt
Abteilung Stoffe, Boden,
Biotechnologie
3003 Bern

5. September 2006

Vernehmlassung zur ersten Revision der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Juli 2006 ersuchen Sie uns, zur ersten Revision der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) Stellung zu nehmen. Wir kommen dieser Aufforderung gerne nach.

Die materiellen Änderungen stellen weitgehend eine Nachführung von Anpassungen des EU-Rechts dar, zu deren Übernahme die Schweiz praktisch gezwungen ist. Unsere Bemerkungen betreffen daher wenige Punkte, insbesondere die von der EU abweichenden Termine für das Inkrafttreten der neuen Vorschriften sowie die vorgeschlagenen Ausnahmen für den Export von bleihaltigen Anstrichstoffen.

1 Grundsätzliches

Die Einführung eines neuen Chemikalienrechts in der Schweiz hatte zum Ziel, die schweizerische Chemikaliengesetzgebung mit derjenigen der EU zu harmonisieren. Die zahlreichen relevanten Erlasse der EU wurden zu diesem Zweck ins neue schweizerische Chemikalienrecht übernommen. Die Bestimmungen der EU werden aufgrund des technischen Fortschritts und neuer Erkenntnisse in rascher Folge erweitert und angepasst. Damit die neuen Regelungen auch im schweizerischen Recht berücksichtigt werden und keine neuen Differenzen zum europäischen Chemikalienrecht entstehen, ist eine regelmässige Anpassung der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung erforderlich.

In diesem Sinne begrüssen wir die vorliegenden Änderungen, welche die inhaltliche Anpassung an das EU-Recht sicherstellen.

1.1 Gesetzgebungsprozess

Da die Schweiz zur Übernahme dieser Regelungen faktisch gezwungen ist, erscheint der Aufwand für die Umsetzung sehr hoch. Trotz minimalem Änderungsspielraum beschäftigt der Gesetzgebungsprozess die zuständigen Behörden und Regierungen von Bund und Kantonen in unverhältnismässigem Ausmass mit umfangreichen Vorlagen und kurzen Bearbeitungsfristen.

Für die Nachführung des EU-Rechts im harmonisierten Bereich wäre es wünschenswert, einfachere Verfahren für die Übernahme in das schweizerische Recht anwenden zu können.

1.2 Inkrafttreten und Übergangsfristen

Einige der vorliegenden Anpassungen übernehmen Inhalte von EG-Richtlinien, welche in der EU im Jahr 2005 erschienen sind und in den Mitgliedstaaten im Laufe von 2007 angewendet werden müssen. Um den schweizerischen Herstellern eine gleichlange Übergangsfrist zu gewähren, erfolgt die Inkraftsetzung der entsprechenden Bestimmungen in der Schweiz demgegenüber mit einer Verzögerung von rund 12 Monaten (Anhänge 3.1, 3.2, 3.3).

Je nach Charakter der Regelungen namentlich bei der Einführung von Verboten für gewisse Schadstoffe, ergibt sich dadurch die Möglichkeit, Restbestände von Produkten, die in der EU nicht mehr in Verkehr gebracht werden dürfen, in die Schweiz zu bringen und hier noch weiter absetzen zu können.

Die Randbedingungen für den Gesetzgeber und die Anliegen der Industrie stossen auf unser Verständnis. Es sollten daher Möglichkeiten geschaffen werden, durch welche die Bundesämter bevorstehende Änderungen des EU-Rechts rechtzeitig mitverfolgen, bestenfalls auch mit beeinflussen können. Dadurch können die interessierten Kreise vorab entsprechend informiert und vorbereitet werden, so dass die Änderungen möglichst zeitgleich mit der EU in Kraft gesetzt werden können.

2 Anträge und Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln der Verordnung

2.1 Anhang 1.12, Benzol

Titel / Bezeichnung

Antrag: Der Stoff Benzol sollte in Titel und Text als Benzen aufgeführt werden.

Bemerkung: Nach IUPAC wird der Stoff seit einiger Zeit offiziell als Benzen bezeichnet. Zum Verständnis könnte der alte Name (Benzol) in Klammern ergänzt werden.

2.2 Anhang 2.10, Kältemittel

Ziffer 5 Abs. 5 Übergangsbestimmungen

Bemerkung: Wir ersuchen das UVEK nochmals zu überprüfen, ob das Ziel der Reduktion der Verwendung von synthetischen Treibhausgasen nicht auf eine andere Weise als durch ein kantonales Bewilligungsverfahren erreicht werden kann. Auf jeden Fall müsste rechtzeitig vor dem hinausgeschobenen Beginn der Bewilligungspflicht (1. Januar 2009) der Stand der Technik festgestellt werden. Allenfalls ist in diesem Bereich stattdessen mittelfristig ein Verbot zu prüfen.

2.3 Anhang 3.5, Anstrichfarben und Lacke

Ziffer 3 Ausnahmen

Antrag: Streichung von Absatz 2

Bemerkung: Die Ausnahme für den Import und die Herstellung von schwermetallhaltigen Anstrichfarben und Lacken zum Zweck der Behandlung von Gegenständen und deren Export, kann nicht in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen des Chemikalienrechts gebracht werden. Für die bleihaltigen Erzeugnisse gibt es Alternativen, welche bei korrekter Anwendung ohne Mehrkosten einen gleichwertigen Korrosionsschutz erlauben. Der VSFL hat deshalb einen freiwilligen Verzicht ab 1.1.2003 beschlossen (Erläuterungen zur ChemRRV, BUWAL, 2004).

Mit der Verwendung von schwermetallhaltigen Produkten sind, trotz des Exports der behandelten Fertigprodukte, auch in der Schweiz arbeitshygienische und ökologische Probleme verbunden. Es ist kurzfristig, die Reduktion des Bleieintrags in die Umwelt allein im Gebiet der Schweiz zu erwägen.

Die Erlaubnis der Herstellung bleihaltiger Produkte, die ausschliessliche Anwendung an Gegenständen finden, die für den Export bestimmt sind, stellen den Vollzug vor schwierige Aufgaben. Werden solche Produkte auf den schweizerischen Markt gebracht, müsste eine Kontrolle allfälliger unerlaubter Verwendungen durchgeführt werden. Diese würde sich unverhältnismässig aufwändig gestalten. Bei einem Verzicht verschwinden die Produkte in kurzer Zeit vom Markt und aus den Lagerräumen der Verwenderbetriebe, sodass keine Marktüberwachung mehr erforderlich sein wird.

Aus diesen Überlegungen wird klar, dass die Ausnahmeregelung neue Probleme schafft und einen klaren Rückschritt darstellt. Die vorgesehenen Ausnahmen lassen sich daher nicht rechtfertigen. Sie sind zu streichen.

2.4 Erläuterungen

Kapitel 4.2, Auswirkungen auf Bund und Kantone

Bemerkung: Es liegt auf der Hand, dass die Kontrolle neuer Beschränkungen und Verbote einen zusätzlichen Vollzugsaufwand mit sich bringt. Mit der Einführung des Chemikalienrechts im Sommer 2005 wurden zahlreiche neue Vorschriften aus dem EU-Recht in die ChemRRV aufgenommen. Die kantonalen Vollzugsbehörden sind dadurch bereits ausgelastet. Der Hinweis, dass die Mehrbelastung der Kantone durch den Verzicht auf die Kontrolle gut eingeführter Verbote kompensiert werden könne, ist wenig hilfreich. Auf Grund der beschränkten personellen Kapazitäten in den Kantonen ist es selbstverständlich, dass sich die gesamte Vollzugsaktivität auf die Überprüfung neuer oder schlecht eingehaltener Bestimmungen konzentriert.

Bezüglich der aufgezeigten Entlastung wegen der verlängerten Übergangsfrist für die Einführung der Bewilligungspflicht für gewisse Wärmepumpen ist zu bemerken, dass auch hier keine eigentliche Entlastung entsteht, sondern nur eine erwartete Mehrbelastung entfällt, für welche die Kapazitäten in den Kantonen noch nicht bereit stehen und deren Vollzug allenfalls durch die Verwendung der elektronischen Bewilligungsplattform PEBKA mit akzeptablem Mehraufwand hätte durchgeführt werden können.

Per saldo entsteht also für die Kantone eine Mehrbelastung, welche in den Erläuterungen

insgesamt als Entlastung dargestellt wird.

Wir betrachten derart zurechtgemachte Äusserungen als irreführend und bitten die Bundesämter, zukünftig auf solche zu verzichten und sich nötigenfalls auf unbeschönigte Abschätzungen zu beschränken.

Für die Möglichkeit, zur Revision der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV) eine Stellungnahme abgeben zu können, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Christian Wanner
Landammann

sig.
Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber